



SCHWEIZERISCHES INSTITUT
FÜR AUSLANDSFORSCHUNG

Zukunft und Werte der Demokratie

Herausgegeben von Martin Meyer



MIT BEITRÄGEN VON

Alain Berset, Christopher Clark, Mathias Döpfner, Taiye Selasi,
Jonathan Steinberg, Peer Steinbrück, Kaspar Villiger,
Jacques de Watteville, Sonja Zekri

NZZ LIBRO E-Book

VERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG



SCHWEIZERISCHES INSTITUT
FÜR AUSLANDSFORSCHUNG

Zukunft und Werte der Demokratie

Herausgegeben von Martin Meyer



MIT BEITRÄGEN VON

Alain Berset, Christopher Clark, Mathias Döpfner, Taiye Selasi,
Jonathan Steinberg, Peer Steinbrück, Kaspar Villiger,
Jacques de Watteville, Sonja Zekri

NZZ LIBRO E-Book

VERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN
DES SCHWEIZERISCHEN INSTITUTS FÜR
AUSLANDFORSCHUNG
BAND 41 (NEUE FOLGE)

Begründet von
Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich A. Lutz (†)



SCHWEIZERISCHES INSTITUT
FÜR AUSLANDFORSCHUNG

an der Universität Zürich

www.siaf.ch

Zukunft und Werte der Demokratie

Herausgegeben von Martin Meyer

Mit Beiträgen von Alain Berset,
Christopher Clark, Mathias Döpfner, Taiye Selasi,
Jonathan Steinberg, Peer Steinbrück, Kaspar Villiger,
Jacques de Watteville, Sonja Zekri

NZZ Libro

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Der Text des E-Books folgt der gedruckten 1. Auflage 2015
(ISBN 978-3-03810-019-5)

Datenkonvertierung: CPI books GmbH, Leck

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werks oder von Teilen dieses Werks ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN E-Book: 978-3-03810-466-7

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro ist ein Imprint der Schwabe Verlagsgruppe AG

Inhalt



Vorwort

ALAIN BERSET

Gewissheiten haben sich aufgelöst – Die Herausforderungen der Rentenreform

SONJA ZEKRI

Ägypten – Zwischen Aufbruch und Abbruch

TAIYE SELASI

African Literature Doesn't Exist

CHRISTOPHER CLARK

«1914» – Die Schlafwandler

JACQUES DE WATTEVILLE

Politische Herausforderungen für den Finanzplatz Schweiz

MATHIAS DÖPFNER

Warum der Journalismus von der digitalen Revolution profitiert

JONATHAN STEINBERG

The Future of Democracy: Democracy and Neo-Liberalism

PEER STEINBRÜCK

Zukunft der Demokratie

KASPAR VILLIGER

Demokratie im Gegenwind oder: Warum die Demokratie
trotz allem Zukunft hat

Autoren und Herausgeber

Vorwort

«Zukunft und Werte der Demokratie» - dieses Leitmotiv kennzeichnete die Vorträge des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung im Herbstsemester 2014. Angesichts der Renaissance von autoritären Herrschaftsmodellen und -realitäten rund um den Globus war die Aktualität gegeben. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt schnell, dass das kurz nach 1989 hoffnungsvoll ausgerufene «Ende der Geschichte» keinerlei Fortschritte gemacht hat. Im Gegenteil beobachten wir alte und neue Nationalismen der verschärften Gangart, dazu auch Systeme, die sich offen zu autokratischen oder gar diktatorischen Regierungsformen bekennen. Westlich-aufgeklärten Werten erwächst damit eine Gegnerschaft, die weniger mit erklärenden Theorien operiert, als dass sie pragmatisch die Machtpolitik des Stärkeren durchdrückt und weiterentwickelt.

Umso wichtiger ist es vor solchem Hintergrund, die Ideen, Ideale und Traditionen des demokratisch verfassten, freiheitlich ausgerichteten Rechtsstaats zu verteidigen und auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu prüfen. Worin liegen die Vorteile der liberalen Demokratie? Welches Bild vom Menschen kommt in ihr zum Ausdruck? Was sind grundsätzlich ihre Stärken, wie definieren sich mögliche Schwächen? Welchen Herausforderungen ist sie ausgesetzt? Mit solchen Fragen muss sich beschäftigen, wer nicht nur den Zeitgeist abhören will, sondern auch darüber nachdenkt, wie Politik und Gesellschaft in ihrem grundsätzlichen Verhältnis zueinander stehen.

Die Referate von Mathias Döpfner, Jonathan Steinberg, Peer Steinbrück und Kaspar Villiger leuchteten den Themenkomplex mit profunden, teils auch kontrovers aufgenommenen Analysen aus. Während sich Mathias Döpfner optimistisch mit der digitalen Epoche befasste und die Wechselbeziehungen zwischen Demokratie und Medien untersuchte, zeichnete Jonathan Steinberg ein düsteres Bild mit Bezug auf die Freiheits- und Gerechtigkeitschancen auch in der westlichen Welt – der Einzelne sehe sich zunehmend mit Mächten konfrontiert, die als *pressure groups* aus Finanz und Wirtschaft ihre Vorteile ausspielten und Transparenz verhinderten. Kaspar Villiger zeigte auf, weshalb das Modell «Demokratie» trotz wahrnehmbarem Gegenwind gegenüber allen anderen Formen von Herrschaft die besseren Argumente für sich habe: Partizipation schafft Legitimität aus dem Geist der Verantwortung für das je konkrete Hier und Jetzt von Staat und Gesellschaft. Peer Steinbrück suchte eloquent nach neuen Ausdrucksformen zur Stärkung der demokratischen Werte.

Eine interessante Parallele zu unserem Heute ergab sich durch die hundertjährige Wiederkehr des Datums von 1914. Tatsächlich präsentieren sich gewisse Ähnlichkeiten: Das spätere 19. Jahrhundert gestaltete sich als ein Zeitalter von Nationen im Widerstreit ihrer Interessen, Ansprüche, Bündnisse und Überzeugungen, ohne dass dabei klare Linien hätten gezogen werden können. Der Historiker Christopher Clark, der mit seinem Buch *Die Schlafwandler* einen Bestseller über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs verfasst hat, machte in seinem Vortrag im Rahmen des Frühjahrssemesters anschaulich, dass Geschichte allenfalls im Nachhinein als Muster oder

Ordnung begriffen werden kann, während sie in den Erlebenszeiten des jeweiligen Jetzt als überaus fragiles und labiles Konglomerat verstanden werden muss, das immer auch für andere Wege und Auswege hätte sorgen können.

Anders gesagt: Wenn man etwa die gegenwärtige Krise rund um die Ukraine sowie auch die Rolle Russlands beobachtet, erinnert einiges an die Macht- und Einflusspolitik aus dem Zeitalter des Nationalismus. Oder nochmals anders formuliert: Mit dem Ende des Kalten Kriegs, der zwar gefährliche, aber überschaubare Szenarien zwischen Ost und West geschaffen hatte, ist nicht etwa ein «ewiger Frieden» aus Entspannung und Verständigung der Völker entstanden. Vielmehr herrscht eine neue Unübersichtlichkeit vor, die durch die Krisenlagen im Mittleren Osten noch deutlich verschärft wird.

Sonja Zekri wandte sich denn auch dem Thema «Ägypten» zu, das ihr als Auslandskorrespondentin bestens vertraut ist, und zeigte die komplexen Verlaufskurven auf, die im Nachgang zum sogenannten Arabischen Frühling entstanden sind. Zurzeit bietet das Militärregime allein noch Garantien für einigermassen gesicherte Zustände, während es freilich zugleich auch den Auftrieb gestoppt hat, den sich eine junge und aufgeklärte Generation von Intellektuellen auf die Fahnen geschrieben hatte. Ungewiss bleibt, ob die mobilisierende Kraft eines politischen Islams noch oder wieder Gelegenheiten findet, das Steuer in die Gegenrichtung zu stemmen.

Bundesrat Alain Berset widmete sein Referat dem wichtigen und umstrittenen Kapitel «Rentenreform» und zeigte denkbare Lösungen auf, die allerdings auch und vor

allem vom Souverän nicht nur getragen, sondern mehr noch gelebt werden müssten.

Die Welt verstehen, wenigstens in Ansätzen und mit brauchbaren Hypothesen: Das war wie immer das hintergründige Motto der Veranstaltungen, die wiederum sehr gut besucht waren. Einmal mehr sei an dieser Stelle den Partnern für ihr Engagement gedankt - ebenso wie den Besucherinnen und Besuchern der Vorträge für ihre Neugier und ihr diskussionsfreudiges Interesse.

Dr. Martin Meyer, Präsident des Vorstands

Zürich, im April 2015

Gewissheiten haben sich aufgelöst - Die Herausforderungen der Rentenreform

ALAIN BERSET

Vortrag vom 27. Februar 2014

Wenn wir zurückblicken, stellen wir fest, dass die Gewissheiten seit einigen Jahren zerfallen wie modrige Pilze. Die grossen sinnstiftenden und ordnenden Erzählungen sind an den widersprüchlichen Realitäten gescheitert. Der *Schwarze Schwan*, den Nassim Taleb beschreibt und den Karl Popper entdeckt hat, ist inzwischen so häufig geworden, dass einem weisse Schwäne schon bald wie eine gefährdete Minderheit vorkommen. Was wurde nicht alles als Welterklärung präsentiert, um danach wieder verworfen zu werden. Das Ende der Geschichte ist längst schon ihrem Neustart und der unipolare Moment der USA einem geopolitischen Beinahe-Vakuum gewichen. Wer regiert die Welt? Niemand so richtig. Der Politikwissenschaftler Ian Bremmer nennt das die «G-0».

Auch bei der Frage, wer heute wirtschaftlich den Ton angibt, gerät man in Verlegenheit. China galt als Land, das der Welt den Kapitalismus in Reinkultur zeigte, obwohl es kommunistisch regiert war - ein Höhepunkt dialektischen Denkens! Das wäre nicht mal Marx und Hegel in den Sinn gekommen. Heute versucht China, einen Sozialstaat zu schaffen, damit die Sparquote sinkt und die

Binnennachfrage endlich zunimmt. Die Strahlkraft des autoritären Kapitalismus ist am Verblässen. Das muss die direktdemokratische und freiheitliche Schweiz freuen. Die Sympathien, die in gewissen Kreisen für einen Umbau unseres Landes im Sinne eines Stadtstaates wie Singapur gehegt wurden, sind ebenfalls abgeklungen. Die USA mit ihrer Staatsskepsis sind dabei, das geschmähte «Old Europe» zu imitieren. Sie haben eine Gesundheitsreform in Angriff genommen, die nicht zuletzt an das Schweizerische Gesundheitssystem erinnert. Das alles sind Entwicklungen, wie man sie sich zur Jahrtausendwende nicht hätte vorstellen können. Fazit: Heute herrscht eine gewisse Ratlosigkeit.

Aber dafür ist eine Zeit angebrochen, in der man wieder freier nachdenken und diskutieren kann. Die heutige Unübersichtlichkeit hat also auch befreienden Charakter. Sie zwingt uns, wieder genauer hinzuschauen auf lokale Verhältnisse, auf nationale Befindlichkeiten, auf Institutionen und politische Kulturen – auf all das, was die Historiker die Pfadabhängigkeit von Entwicklungen nennen. Eine Zeit ist angebrochen, in der man wieder überlegen kann, was für ein Land und was für eine Gesellschaft gut ist, ohne gleich dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, man habe nicht begriffen, worum es im 21. Jahrhundert geht. Seit einiger Zeit sehen wir, dass die Homogenisierung der politischen Debatte, wie sie in einer ersten Phase der Globalisierung nach dem Ende des Kalten Krieges prägend war, einer neuen Vielfalt gewichen ist.

Entscheidende Balance zwischen Markt und Staat

Die Diskussion über das Verhältnis von Staat und Markt ist differenzierter geworden. Heute lautet die grosse Frage: Was funktioniert? Man stellt fest: Die einen politischen Kulturen sind erfolgreicher als die anderen. Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten überhaupt. Das führt unweigerlich zur Frage, worin der Erfolg der Schweiz denn genau besteht. Dabei kommt man nicht umhin festzustellen, dass es die Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich, zwischen Markt und Staat ist. Diese Balance ist historisch gewachsen und muss immer wieder aufs Neue gefunden werden. Zumal in Zeiten der Globalisierung, die der Logik der Arbeitsteilung folgt und das Weltinlandprodukt steigert, was sowohl zwischen als auch innerhalb von Gesellschaften zu Spannungen führt. Dass es nicht mehr alle interessiert, ob es allen gut geht, ist eine Fehlentwicklung unserer Zeit. Denn dieses Interesse am Gemeinwohl war es, das die Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhielt.

Der Kompromiss hat eine schlechte Presse

Die Schweiz ist ja, wie die Politologen es formulieren, seit einiger Zeit auf dem Weg von einer Konkordanz- zu einer Zentrifugaldemokratie. Die Gründe dafür sind bekannt: Belohnt werden in der Aufmerksamkeitsökonomie vor allem Extrempositionen. Kompromisse generieren keine Schlagzeilen und zu wenig Online-Klicks. Auch prägt die Internationalisierung – ob in Form der Europäisierung oder der Globalisierung – die Debatten und Interessenlagen zunehmend. Entsprechend wird immer häufiger nach dem

Code «offen/geschlossen» diskutiert – der für Kompromisse wenig Spielraum lässt. Reale oder imaginäre Verlierer stehen den Nutzniessern offener Märkte seit dem Ende des Kalten Krieges in häufig schroffem Kontrast gegenüber. Eine neue Unversöhnlichkeit ist bei manchen Themen die Folge.

Fazit: Der Kompromiss ist zwar die Essenz demokratischer Politik – aber er hat eine schlechte Presse. Nicht zuletzt deshalb waren die skeptischen Reaktionen auf die Vorschläge zur Reform Altersvorsorge 2020 nicht überraschend. Denn diese sind nichts anderes als das Angebot eines grossen Kompromisses.

Zeit für eine Neo-Konkordanz

Wir werden die grossen Herausforderungen wie die Rentenreform nur mittels einer sich am Inhaltlichen orientierenden Konkordanz bewältigen können. Das ist heute besonders wichtig, da in der Schweiz wieder das Schreckgespenst einer «gespaltenen Nation» umgeht. Die Zeit für eine Neo-Konkordanz ist gekommen. Ich sage das im Bewusstsein, dass wir – wie Ludwig Erhard in seiner Rede vor dem SIAF im Jahre 1968 gesagt hat – «die Welt nicht mit neuen Vokabeln retten können». Und, so könnte man anfügen, schon gar nicht die Schweiz mit ihrer traditionellen Skepsis gegenüber Schlagworten. Allerdings hat Erhard das ja erst gesagt, *nachdem* er selber sein Schlagwort von der «Sozialen Marktwirtschaft» geprägt hatte. Geschickt war übrigens auch Erhards Definition eines Kompromisses: «Ein Kompromiss, das ist die Kunst,

einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das grösste Stück bekommen.»

Die strategischen Ziele der Reform «Altersvorsorge 2020»

Im Folgenden möchte ich kurz erläutern, was in diesem Gesamtpaket Altersvorsorge 2020 steckt. Die Strategie der Reform der ersten und der zweiten Säule stellt die Interessen der Versicherten ins Zentrum. Sie ist umfassend und transparent, und sie verfolgt drei Hauptziele:

Erstens: Das Rentenniveau der Altersvorsorge bleibt erhalten. Die Menschen in unserem Land sind darauf angewiesen, im Alter mit ihren Renten ein würdiges Leben führen zu können. Darum soll die Höhe der AHV-Renten gleich bleiben und darum muss die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule vollständig kompensiert werden. Die Verfassung lässt einen Abbau der Renten im Übrigen gar nicht zu.

Zweitens: Die Leistungen der Altersvorsorge werden nachhaltig finanziert und langfristig gesichert. Der grassierenden Verunsicherung über die Stabilität unserer Vorsorgesysteme muss eine Politik der Vertrauensbildung entgegengesetzt werden. Sicherheit im Alter ist ein hoher Wert – sie hat ihren Preis und darf ihn auch haben. So soll die Liquidität der AHV mit zusätzlichen Einnahmen gesichert werden. Auch ein Interventionsmechanismus ist vorgesehen, sollte der Ausgleichsfonds zu tief sinken.

Die Bewältigung der demografischen Herausforderung ist nicht gratis zu haben. Aber der Preis hat einen spürbaren sozialen Gegenwert. Ein zusätzlicher

Prozentpunkt Mehrwertsteuer verhindert die Erhöhung des AHV-Rentenalters um 17 Monate. Der zusätzlichen Belastung durch die Mehrwertsteuererhöhung steht somit ein direkter Nutzen von mehreren 10 000 Franken in Form von zusätzlichen Renten gegenüber.

Drittens: Die Altersvorsorge wird an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse angepasst. Denn Leistungen, die nicht gerechtfertigt oder nicht zeitgemäss sind, gefährden den Generationenvertrag. Darum müssen wir das Referenzalter für die Pensionierung flexibilisieren sowie Personen mit Betreuungspflichten und mit Teilzeitjobs besser absichern. Das gilt auch für ältere Arbeitslose. Auch all jene, die ein Leben lang für einen mageren Lohn gearbeitet haben, sollen ein würdiges Alter haben.

Die Schweiz hat es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, das Schreckgespenst der Altersarmut aus dem Land zu vertreiben. Vergessen wir nicht: Bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts gab es für breite Bevölkerungsschichten keinen Ruhestand in materieller Sicherheit. Viele Menschen, die nicht mehr arbeiten konnten, lebten von Almosen oder von der Armenfürsorge. Diese unwürdige Situation haben wir überwunden. Heute sind noch fünf Promille der über 65-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner auf Sozialhilfe angewiesen. Nur noch Menschen mit ganz speziellen Erwerbsbiografien fallen durch das engmaschige Netz der Altersvorsorge. Das ist eine historische Errungenschaft, die wir auf keinen Fall gefährden sollten.

Die Bekämpfung der Altersarmut war in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen europäischen

Ländern durchaus erfolgreich. Jetzt wird sie gemäss OECD wieder zur grossen Herausforderung. Nicht nur die Demografie und die lahmenden Kapitalmärkte sind dafür verantwortlich. Auch der Arbeitsmarkt wird für viele härter; in der globalen Arbeitsteilung verschwinden die Nischen. Ein Blick auf die Situation in etlichen europäischen Ländern, in denen die Altersarmut wiederkehren wird, muss uns bewusst machen, wie wertvoll das hierzulande Erreichte ist.

Pragmatisches Gesamtpaket

Man hat mich oft gefragt: Gibt es einen Plan B, falls die Altersvorsorge 2020 scheitert? Nun, die Altersvorsorge 2020 ist der Plan B. Der Plan A ist gescheitert, mehrmals, auch an der Urne. Mehrere Reformvorhaben haben uns in den letzten Jahren eindrücklich gezeigt, dass der Ansatz, die Altersvorsorge scheinbarweise zu reformieren, nicht funktioniert. Ich erinnere nur an die Abstimmung zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6,4 Prozent, die mit fast drei Vierteln der Stimmen versenkt wurde. Die Altersvorsorge 2020 plant übrigens eine weit ambitioniertere Absenkung, nämlich auf 6,0 Prozent - aber eben eingebettet in ein Gesamtpaket.

Eine Reform, die politisch eine Chance haben soll, muss mehr beinhalten als reine Kürzungen; sie muss gesamtheitlich angegangen werden. Wir brauchen Transparenz und ausgewogene, gerechte Lösungen. Natürlich ist ein Gesamtpaket etwas ungewohnt in einer politischen Kultur, die oft eher auf kleine Reformschritte ausgerichtet ist. Aber in der Substanz ist diese Reform sehr

schweizerisch: vernünftig, pragmatisch, auf das Machbare ausgerichtet. Und zwar, weil sie als Gesamtpaket konzipiert ist. Sie geht die Veränderungen zudem in einem Tempo an, das Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft nicht überfordert. In einem Tempo, das den Menschen Zeit zur Anpassung lässt. Und das auch Zeit lässt für eine vertiefte Diskussion über den Sinn der Ziele und allfällige Alternativen. Das ist entscheidend für die Akzeptanz einer Reform und damit für deren Nachhaltigkeit. Es geht um die Substanz, nicht um technokratische Spitzfindigkeiten. Damit ist auch die Voraussetzung für robuste Diskussionen und Interessenausmachungen gegeben. Diese Reform nimmt den Volkswillen ernst und setzt der Tatsache, dass isolierte Reformschritte in der Altersvorsorge schlicht keine Mehrheiten finden, etwas Konstruktives entgegen: einen wirklich ausgewogenen, austarierten Vorschlag.

Grosse Rentenreformen brauchen breit abgestützte Mehrheiten - nicht nur im Parlament, sondern auch im Volk. Es gilt daher ein Paket zu schnüren, das dann bis zur Abstimmung eine Mehrheit findet. Der Bundesrat bemüht sich mit der Altersvorsorge 2020 um Fairness und um gesellschaftlichen Ausgleich. Die Reform stärkt die Schwachen, ohne dabei die Starken zu schwächen - und entspricht so der bemerkenswerten helvetischen Balance zwischen Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Die Schwachen, das sind Teilzeitbeschäftigte mit mehreren Arbeitgebern, vor allem also Frauen; die Schwachen, das sind schlecht Verdienende, die künftig durch die Absenkung der Eintrittsschwelle für die berufliche Vorsorge besser versichert sind und sich damit an der Sicherheit im Alter beteiligen können.

Für viele ist die Zukunft kein Versprechen mehr, sondern klingt bedrohlich. Die Anforderungen im Arbeitsmarkt steigen, die demografische Entwicklung verunsichert. Die kreative Zerstörung ist kreativ, das stimmt, aber sie bedeutet eben auch Zerstörung. Heute ist die soziale Frage nicht minder virulent als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Lektion für die Sozialpolitik scheint mir klar: Wir müssen alles tun, damit sich die Menschen wieder sicherer fühlen. Dafür müssen sie sich auf eine gute soziale Absicherung verlassen können – auch im Alter. Nach wie vor ist gültig, was Helmut Schmidt einst sagte: «Der Sozialstaat ist die grösste Kulturleistung der Europäer.»

Wir stehen jetzt am Anfang der öffentlichen Diskussion. Es ist klar, dass die Vorschläge des Bundesrates einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Nicht alle werden in der laufenden Vernehmlassung Beifall zollen. Die Sicht auf die Reform hängt vom ideologischen Blickwinkel ab – und natürlich auch vom biografischen. Das erinnert mich an eine Begegnung nach einer Rede in Lausanne. Ein freundlicher Herr kam auf mich zu und lobte die Vorschläge des Bundesrates. Diese seien wirklich sehr vernünftig. Aber angesichts des demografischen Wandels sei 65 ... nun ja: etwas mutlos. Der Bundesrat hätte das Alter auf 66 oder 67 anheben sollen, mindestens. Am liebsten gleich auf 68. Aber die Richtung stimme immerhin, also unterstütze er mich dabei. Ich bedankte mich, wies darauf hin, dass auch schon das Rentenalter 65 für Frauen ziemlich kontrovers sei und die Reform ja am Schluss in einer Volksabstimmung durchkommen müsse. Dann fragte ich ihn, was er beruflich mache. Er sagte mir, er sei Direktor einer Stiftung und werde sich nächstes Jahr mit 58 frühpensionieren lassen.